

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 05
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Björn Engholm MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, fordert Mut zur Unpopularität: Die Jugend hat Anspruch auf Solidaropfer. Seite 1.

Lothar Löffler MdB würdigt Hans Jürgen Junghans zu dessen 60. Geburtstag: Mann der Mitte mit Augenmaß. Seite 3

Dagmar Luuk MdB wirft dem Berliner Bundessenator vor, seine Aufgaben zu vernachlässigen: Blüm auf Abwegen. Seite 4

Horst Seefeld MdEP beschreibt die Racheopfer bei den europäischen Christdemokraten nach der Präsidentschaftswahl: Genug zu glätten. Seite 5

Dokumentation

Willy Brandt vor der Beth Hattefutsoth in London: Europa muß helfen, ein Friedensbild für Nahost zu entwerfen. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 18

27. Januar 1982

Mut zur Unpopularität

Die Jugend hat Anspruch auf Solidaropfer

Von Björn Engholm MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Wir stehen mitten in und vor tiefgreifenden Verteilungskämpfen. Diese Verteilungskämpfe finden heute statt zwischen den verschiedenen Politikbereichen ebenso wie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder den Gruppen der oberen beziehungsweise unteren Bereiche der Einkommensskala.

Über diese fast schon klassischen Verteilungskämpfe hinaus kommt ein neuer Verteilungskonflikt auf uns zu: Zwischen jenen, die Arbeit haben und jenen, die nicht in Besitz von Arbeit sind beziehungsweise Arbeit suchen. Hinter dieser Verteilungsfrage verbirgt sich, stärker als bei den anderen, die Frage nach der realen Fähigkeit unserer Gesellschaft zur Solidarität zwischen den Generationen.

Die bisherigen Antworten auf die Frage nach neuer Verteilungsgerechtigkeit sind nicht überzeugend.

- Statt einer Fortführung des positiven Ausbildungstrends des Jahres 1980 haben wir 1981 einen erheblichen Einbruch auf dem Ausbildungsmarkt erlebt.
- Statt mehr Berufseintritts- und Arbeitschancen für gerade junge Menschen zu eröffnen, erleben wir ein erschreckendes Anwachsen der Jugendarbeitslosigkeit.

Die Kluft zwischen den "Habenden" und "Nichthabenden" auf dem Arbeitsmarkt wächst. Es entsteht materiell eine Situation und psychologisch ein Klima, das uns zunehmend bedrückt.



Dabei bin ich davon überzeugt, daß es genügend Aufgaben für die bildungs-, ausbildungs- und arbeitswillige junge Generation gibt. Und ich bin ebenso davon überzeugt, daß unsere Gesellschaft genügend Masse für die Finanzierung neuer Aufgabenlösungen zur Verfügung steht. Wir müssen nur den Mut haben, die Verteilungsstrukturen, die wir uns in den 60er und 70er Jahren noch leisten konnten, wenigstens marginal zu ändern. Ich will in diesem Zusammenhang einige wenige Fragen stellen:

- Es gibt in unserer Gesellschaft nach wie vor ein blühendes Subventionssystem, das ganz gewiß nicht primär die Armen begünstigt. Können wir uns die dahinter verborgenen Verschleuderungen von Ressourcen angesichts der wachsenden Beschäftigungsnot der jungen Generation wirklich noch leisten? Und wo ist der doch im letzten Jahr spektakulär vorgetragene Unions-Vorschlag auf einen hohen prozentualen Abbau dieser Subventionen geblieben?

- Es wird mit dem Begriff Leistung umschrieben, wenn bestimmte Berufsgruppen in unserer Gesellschaft sicher über 100.000 DM, manche auch sicher über 200.000 DM und mehr im Jahr verdienen können. Aber entspricht es wirklich den klassischen auch marktwirtschaftlichen Kriterien von Leistung, wenn gleichzeitig Frauen in Leichtlohngruppen selbst bei enormer physischer und psychischer Anstrengung maximal ein Zehntel dieses Jahreseinkommens erreichen können, wenn manche von ihnen, die bereit sind, jedwede Arbeit zu leisten, auf dem kahlen Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden?

Und ist es solidarisch, wenn Ärztefunktionäre bei der Diskussion über die Kostendämpfung Streiks oder streikähnliche Maßnahmen androhen? Bricht gerade bei ihnen die harte Not aus?

- Viele Arbeitnehmer schätzen sich glücklich, wenn sie am Ende eines langen und anstrengenden Arbeitslebens 70 Prozent ihres Einkommens als Rente erhalten. Aber ist es vertretbar, daß gleichzeitig nicht kleine Gruppen in den Genuß von Pensionen kommen, die höher sind als das zuletzt verdiente Einkommen?

- In den vergangenen zehn, zwanzig und mehr Jahren sind fast alle jungen Akademiker im Berufsleben hervorragend untergekommen, insbesondere im öffentlichen Dienst. Sie haben eine auf Lebenszeit gesicherte Arbeit, verfügen über gute Einkommen, eine solide soziale Sicherung und gleichzeitig vielfältige Zulagen. Ist es wirklich zu viel verlangt, wenn man an die, die mehr und es sicherer haben als viele in der heutigen jungen Generation, appelliert, einen kleinen und bescheidenen Solidaritätsbeitrag zu bringen? Manche Töne, die uns hier entgegenschlagen, sind mir viel zu schrill!

Ich könnte noch eine Fülle ähnlicher Fragen stellen. Alle Antworten zeigen: Wir leisten uns in weiten Bereichen immer noch einen Luxus, den wir uns angesichts der wachsenden Beschäftigungsnot insbesondere junger Menschen nicht leisten dürfen.

Verbale Angebote zum Gespräch mit der Jugend sind läblich, helfen aber nicht. Die Jugend will Taten sehen, sie muß Taten sehen, sie hat ein Anrecht darauf. Sie hat einen Anspruch auf die Solidarität derer, die Arbeit und Einkommen auf Dauer besitzen und denen ein bescheidenes Solidaropfer letztlich nicht die Existenz abschneiden würde.

Jede Bildungspolitik, die sich zugleich als umfassenden Beitrag zur Gesellschaftspolitik versteht, hat die Pflicht und Schuldigkeit, gerade auf diese Probleme hinzuweisen. Wir sollten vor ihnen nicht kapitulieren, nur weil manche Lösungen unpopulär sind. Auch im Mut zur Unpopularität zeigt sich politische Qualität. (-/27.1.1982/vo-he/ca)

+

+

+



Mann der Mitte mit Augenmaß

Hans Jürgen Junghans zum 60. Geburtstag

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Neben seinen vielen beruflichen Aufgaben ist Hans Jürgen Junghans, der heute 60 Jahre alt wird, seit fast 25 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages - und damit unserer Fraktion eng verbunden. Mehrere Jahre war er Stellvertretender Vorsitzender und noch heute nimmt er als Mitglied des Vorstandes und als Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik an maßgeblicher Stelle wichtige Aufgaben für unser Land wahr.

Wie schwierig diese Aufgaben sind, kann er auch als Vorstandsmitglied der Salzgitter AG ermesen; denn in keiner anderen Epoche vor dem Industriezeitalter war die Wirtschaft in einem so hohen Maße bestimmend für die verschiedenen Bereiche des menschlichen Lebens. Sie ist auch heute der zentrale Angelpunkt der Politik; das gilt für die Politik im Inneren genauso wie für die Politik nach außen.

Noch heute arbeitet Hans Jürgen Junghans im Wirtschaftsausschuß des Bundestages mit, der bei vielen wichtigen Gesetzen das entscheidende Wort zu sprechen hat. So standen zum Beispiel in der letzten Legislaturperiode die Beratungen des Bundesberggesetzes und verschiedene Gesetze zur Energiesicherung und Energieeinsparung auf der Tagesordnung.

Hans Jürgen Junghans kann zurückblicken auf Tätigkeiten in Ausschüssen des Deutschen Bundestages, die es heute schon nicht mehr gibt. Zum Beispiel im Außenhandelsausschuß, dann als Beirat des Bibliotheks-Ausschusses und als Vorsitzender des Ausschusses für Bundesvermögen. Auch um Zonenrandförderung hat er sich besonders gekümmert: Das Zustandekommen des Zonenrandförderungs-Gesetzes im Jahre 1971 war eines seiner Hauptanliegen.

Mit der Tätigkeit im Vermittlungsausschuß, dem er über zehn Jahre angehört hat - und das in einer Zeit, als unsere Fraktion noch in der Opposition war -, hat er viele politische Erfahrungen gesammelt, auf die wir noch lange nicht verzichten wollen. Wir Sozialdemokraten haben ja mitunter unsere Schwierigkeiten. Und da brauchen wir solche Leute wie ihn - ausgleichend, mit beiden Beinen im Leben stehend, die sich einsetzen für unser gemeinsames Ziel; die dieses Ziel nicht mit ideologischen Vorstellungen ansteuern, sondern mit dem Wissen um die konkreten Bedürfnisse der Menschen. Es ist zwar nicht einfach, als "Mann der Mitte mit Augenmaß" seine Position zu behaupten, aber Hans Jürgen Junghans hat das bisher stets gut geschafft.

Gelungen ist ihm das in allererster Linie durch die Unabhängigkeit seiner sachlichen Argumente. Dabei hält er weniger von der Kunst der Überredung als von der Fähigkeit der Überzeugung. Mit zunehmendem Alter, in dem man sich immer mehr dem Zustand der Weisheit nähert, nimmt manja auch politische Stürme gelassener hin. Das vermittelt eine gewisse Überlegtheit und Überlegenheit, die wesentliche Führungsqualitäten darstellen. Wenn man sich erinnert an gewisse stürmische Fraktionssitzungen, wo man eigentlich nur als Fels in der Brandung überstehen kann, hat er sich als einer der Felsen erwiesen, der den schweren Aufprall der Wassermassen ertrug - wohlwissend, daß auch der stärkste Sturm zu Ende geht und bei ruhigem Wetter die Köpfe wieder klarer werden.

Welche Situationen der Bewährung im beruflichen und im politischen Bereich noch vor Hans Jürgen Junghans liegen, vermag keiner zu sagen. Darüber wird bei der Feier seines 70. Geburtstages zu reden und zu schreiben sein. Aber ich bin sicher, daß er mit seiner großen Erfahrung, Heiterkeit und Gelassenheit alle Herausforderungen bestehen wird. Dabei wird er Gelegenheit haben, seine Erfahrungen einzusetzen und sie weiterzugeben an die, die auf dem Pfad des Lebens hinter ihm stehen.

Hans Jürgen Junghans hat sich als ein Mann erwiesen, der im wirtschaftlichen und politischen Bereich Weichen zu stellen vermag.

Im Namen der SPD-Fraktion wünsche ich ihm glückliche und gesunde 60er Jahre.

(-/27.1.1982/ks/ca)

+ + +



Blüm auf Abwegen

Der Bundessenator vernachlässigt seine Aufgaben

Von Dagmar Luuk MdB

Angehörige des Berliner SPD-Landesvorstandes

Der Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, Bundessenator Dr. Norbert Blüm, ist aufgefordert, seine Amtspflichten als Vertreter der Interessen Berlins beim Bund endlich mit dem notwendigen Einsatz wahrzunehmen. Handeln und Auftreten Blüms bestätigen immer mehr den bereits unmittelbar nach seiner überraschenden Wahl zum Bundessenator vorherrschenden Eindruck, daß er sein Berliner Amt mißverstehet als zusätzliche Plattform für seine Profilierungsbemühungen als Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse.

Eine solche Amtsführung läßt die Interessen Berlins, die Blüm zu vertreten hat, stets an zweiter Stelle rangieren. Dies ist bereits beim Entscheidungsprozeß über die Kürzung der Berlin-Förderung spürbar gewesen. Es ist nur dem energischen Einsatz einer All-Parteien-Koalition Berliner Bundestagsabgeordneter und dem Engagement des Berliner Finanzsenators zu verdanken, daß die Stadt einen dauerhaften finanziellen Schaden genommen hat.

Ein solches Nachbessern Blümscher Fehlleistungen kann indessen nicht zur Dauereinrichtung werden. Bei dem demnächst zwischen Bonn und Berlin abzustimmenden Gesetzgebungsvorhaben wie etwa der Novellierung des Berlin-Förderungsgesetzes wäre es im Interesse der Stadt, Blüm dringend anzuraten, sich voll auf seine Tätigkeit für das Land Berlin und weniger auf seine ganz persönlichen politischen Ambitionen zu konzentrieren.

Wie schwer ihm dies fällt, ist erst in diesen Tagen wieder deutlich geworden, als sich Herr Blüm in der Haushaltsdebatte des Bundestages als Gegenspieler des Arbeitsministers in Szene zu setzen versuchte. Sollte der Bundessenator in seiner höchst persönlichen Interessenabwägung demnächst nicht zu einer abschließenden Entscheidung gelangen, muß der Regierende Bürgermeister für die notwendige Klarheit sorgen. Die Lage Berlins kann von niemandem so euphorisch gesehen werden, daß die Interessen der Stadt beim Bund mit der linken Hand vertreten werden könnten.

(-/27.1.1982/ks/ca)

+ + +



Genug zu glätten

Racheopfer bei den europäischen Christdemokraten nach mißglückter Wahl

Von Horst Seefeld MdEP

Vorsitzender der Deutschen Gruppe der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die Schlacht um das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments hat offensichtlich bei den Christdemokraten dieses Parlaments offene Wunden hinterlassen. Egon Klepsch hatte für die meisten Beobachter - und wohl auch für sich selbst - bereits an jenem Tag das Rennen auf den Präsidententhron gewonnen, als er in der EVP-Fraktion seinen ernsthaften Mitkonkurrenten Leo Tindemans knapp geschlagen hatte. Von da an wußte man aber auch, daß nicht alle deutschen Mitglieder dieser Fraktion ihren Fraktionsvorsitzenden für höhere Weihen geeignet hielten.

Jene Klepsch-Kritiker behielten zwar recht, als im vierten Wahlgang spät abends in Straßburg eine Mehrheit des Hauses den niederländischen Sozialdemokraten Piet Dankert zum Präsidenten kürte, bekamen jedoch ihre Anti-Klepsch-Haltung bald darauf zu spüren. So wurde der bisherige Vizepräsident Hans Katzer nicht wieder für diese Aufgabe nominiert und mußte dem geschlagenen Präsidentschaftskandidaten Klepsch weichen.

Dem Appell der EVP, man möge Klepsch mit den meisten Stimmen zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wählen, sind mit Sicherheit auch Kollegen aus der EVP-Fraktion nicht gefolgt. Klepsch erzielte von den fünf Vizepräsidenten, die diese Fraktion stellen kann, nur den fünften (und letzten) Platz. Bruno Friedrich (SPD) ging noch vor Klepsch durchs Ziel und - wie gesagt - Hans Katzer blieb auf der Strecke, was viele Europa-abgeordnete aus anderen Fraktionen und Ländern bedauern.

Ein anderes "Rache-Opfer" wurde mit der Nichtnominierung von Erik Blumenfeld für den Politischen Ausschuß erbracht. Auch hier setzte sich Klepsch als neues Mitglied für diesen Ausschuß durch und das bisherige CDU-Aushängeschild für die Außenpolitik, Erik Blumenfeld, mußte weichen. Blumenfelds Verärgerung gibt man am besten mit dem Zitat einer VWD-Meldung vom 22. Januar wieder. Dort heißt es: "Der Hamburger CDU-Abgeordnete Erik Blumenfeld hat seine Teilnahme an der inoffiziellen deutschen Gruppe innerhalb der christdemokratischen Fraktion aufgekündigt."

Leo Tindemans - der nach seiner internen Fraktionsniederlage gegen Klepsch die erste Möglichkeit zum Aussteigen aus dieser Fraktion wahrnahm, das Europäische Parlament verließ und in die belgische Regierung eintrat - will nun dazu beitragen, "eventuelle Spannungen in der Fraktion nach der Präsidentenwahl zu glätten helfen". Viel Spaß - da wird genug zu glätten sein!

(-/26.1.1982/bgy/ca)

* * *



D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat am Dienstagabend in London vor der Vereinigung der British Friends of the Diaspora-Museum (Beth Hatefutsoth), die sich der Unterstützung des Museums der Jüdischen Diaspora widmen, das in Tel Aviv das Schicksal des jüdischen Volkes dokumentiert, auf Empfehlung von Nahum Goldmann folgendes (gekürztes) Referat gehalten.

Europa muß helfen, ein Friedensbild für Nahost zu entwerfen

Als Europäer deutscher Herkunft ist mir voll bewußt, was die großartige, produktive und zivilisierte Symbiose mit dem Jüdischen bedeutet und was sie bewirkt hat. Doch ich trage auch an der Last dessen, was nicht ungeschehen gemacht werden kann und woraus sich ergibt, daß es vielleicht und hoffentlich auch weiterhin deutsche Juden, doch leider kaum mehr ein deutsches Judentum geben wird.

Die Gefahr von Rassenhaß im allgemeinen und von Antisemitismus im besonderen ist bei weitem nicht gebannt. Unsere Wachsamkeit bleibt gefordert.

Wenn ein Deutscher über Polen spricht, muß er seine Worte ähnlich wägen, als wenn er sich über Israel äußert. Trotzdem kann ich nicht schweigen, wenn ich aus Warschau kommende Texte lese, in denen anklägerisch von "Kosmopoliten" die Rede ist - eine sattem bekannte, unwürdige Redensart. Und ich kann es nicht für mich behalten, wenn ich höre, daß zum Beispiel Marek Edelmann inhaftiert ist, der vermutlich einzige Überlebende Führer des Aufstandes im Warschauer Ghetto.

Ich gehöre nicht zu denen, die sich ihre Ratlosigkeit oder ihr nicht hinreichend gutes Gewissen durch starke Worte über Polen von der Seele reden. Aber die Verantwortlichen sollen sich nicht im Unklaren sein, was sie rasch in Ordnung zu bringen haben. Der Fall Marek Edelmann gehört dazu; deshalb habe ich ihn hervorgehoben.

Wie viele Europäer meiner Generation habe ich an der Gründung und Selbstbehauptung des Staates Israel lebhaften Anteil genommen. Dabei bin ich in meiner Jugend - im Zionismus-Streit der meine jüdischen Freunde entzweite - nicht auf der Seite derer gewesen, die den eigenen Staat wollten. Die Gründe sind allen Kundigen geläufig, ich brauche sie Ihnen nicht aufzuzählen.

Als sich - wenn auch zunächst nur in undeutlichen Umrissen - abzeichnete, was dann Holocaust genannt wurde, konnte ich den Sinn des Zionismus-Streits nicht mehr erkennen. Gewiß konnte es nicht meine Sache sein, darüber zu rechten, wer nach Palästina gehen sollte und wer nicht. Doch konnte ernsthaft nicht darüber gestritten werden, daß jenem Teil der Überlebenden Judentum, der die Möglichkeit und den Willen hatte, in Israel eine nationale Existenz zu begründen, diese Chance und Perspektive nicht genommen werden durfte.

Erinnern wir uns: Nach dem Krieg stimmten nicht nur die Westmächte, sondern auch die Sowjetunion für den Beschluß der Vereinten Nationen, der die Gründung des neuen Staates sanktionierte. Deutschland war nicht Mitglied der U.N. und wurde es noch lange nicht. Wir in der Bundesrepublik bemühten uns um die sogenannte Wiedergutmachung - wohl wissend, daß sie den millionenfachen Mord und alles geschehene Unrecht nicht aus der Welt schaffen konnte.

Zum ersten Mal in Israel gewesen bin ich 1960 als Regierender Bürgermeister von Berlin. Ich traf Ben Gurion, den ich dreizehn Jahre später zum letzten Mal gesehen habe, nicht lange vor seinem Tod. Dies war 1973, als ich als Bundeskanzler Israel besuchte und Gast von Frau Golda Meir war. Ich war stark beeindruckt, aber auch besorgt - nicht zuletzt wegen der Neigung mancher meiner israelischen Freunde, sich zuviel vom Offenhalten wichtiger Fragen zu versprechen.



Dies änderte natürlich nichts an meiner Haltung vor dem grandiosen Versuch von Millionen weithin Heimatlosen, sich als Volk eine gesicherte Heimat zu schaffen. Doch es war bitter, daß die Geburt dieses Staates den Preis neuer Opfer und neuer Leiden verlangte. Das Elend der palästinensischen Araber wurde mancherorts allzu spät zur Kenntnis genommen. Und enttäuscht wurde, wer gehofft hatte, daß die Entspannung im Ost-West-Verhältnis Anfang der siebziger Jahre günstige Auswirkungen auf den Nahen Osten haben würde.

In jenem Jahr meines offiziellen Besuchs, 1973 zerbrach die Hoffnung sehr schnell: Es war, wie wir uns erinnern auch das Jahr des Yom-Kippur-Krieges. Im Frühjahr 1974 in Kairo und bei späteren Begegnungen mit Anwar El-Sadat deutete sich an, daß die Aussöhnung zwischen Ägypten und Israel kein Traum bleiben müßte.

Es gab wenig Ereignisse in den letzten Jahren, die viele von uns so sehr mit Erleichterung, Hoffnung und auch mit Zuversicht erfüllten. Der Präsident, der über so viele Gräben hinweg die Hand zum Gegner auszustrecken wagte, fiel im vorigen Jahr als ein Opfer von Haß - jener größten Dummheit in einer Welt, die nichts mehr braucht als Bereitschaft zur Verständigung. Ich wünsche mir sehr, daß sein Nachfolger und in den vor uns liegenden Jahren die Führungen beider Staaten die Kraft haben werden, alle in ihrem Friedensvertrag vorgesehenen Schritte zu vollziehen.

Im Übrigen würde es mich wundern, wenn der sogenannte Friedensprozeß von Camp David das zu lösen vermöchte, was zwischen Israel und den anderen Staaten der Region zu lösen bleibt. Diese Feststellung schließt ein, daß das Palästinenserproblem, das ja - jedenfalls mittlerweile - in allen Konflikten der Region eine große bis entscheidende Rolle spielt, ungelöst ist und als mögliche Quelle der Gewaltsamkeit unverändert fortwirkt.

Ich will meine große Sorge hierüber nicht verhehlen und auch meinen Zweifel nicht unterdrücken, ob in den hinter uns liegenden Jahren genügend geschehen ist, um die tatsächliche Position derer zu erkunden, die für die Palästinenser sprechen. Es darf - in den Worten Nahum Goldmanns - jedenfalls eine wirkliche Tragödie genannt werden, daß genau in jenem Moment, an dem beträchtliche Teile der arabischen Welt bereit sind, den "fait accompli" der Existenz Israel zu akzeptieren - wie man neben den Abkommen von Camp David auch dem saudi-arabischen Friedensplan entnehmen kann, daß genau in diesem Augenblick Israels öffentliche Meinung und seine Regierung eine Politik verfolgen, die eine Verständigung mit den Arabern unmöglich zu machen scheint.

Ich mache mir nicht die flammende Kritik zueigen, die Nahum Goldmann vor kurzem publiziert hat. Wer als "Staatsmann ohne Staat" so vieles bewirkt hat, der ist nicht auf lauten Beifall angewiesen. Aber ich bin gewiß auch nicht der einzige, dem es im Hinblick auf die Politik der israelischen Führung schwerfällt, sorgenvolle Fragen zu unterdrücken. Ich habe allerdings genau registriert, was mein Freund Shimon Peres vorigen Monat so formulierte: "We do not want to become a dominating nation", sagte er und fügte hinzu: "We must stand against the temptation to dominate 1.3 million Arabs against their wishes."

Dabei erinnere ich mich auch an etwas, was Golda Meir antwortete, als ich in Israel die Idee der Entspannungspolitik erläuterte: "Sie sagten neulich, wenn man Frieden und Verständigung und eine gewisse Einigung erreichen will, müßte man zum Kompromiß bereit sein... Jawohl, wir sind zum Kompromiß bereit in allem und jedem mit der einzigen Ausnahme unserer Existenz und unseres Lebensrechts in diesem Land und in diesem Gebiet." Ich wäre sehr erleichtert, wenn ich sicher sein könnte, auch heute eine solche Antwort zu erwarten.

Man mag einwenden, seither sei fast ein Jahrzehnt verflossen. Aber der Unterschied zwischen 1973 und 1982 besteht doch wohl auch darin, daß das Existenz- und Lebensrecht des jüdischen Staates in arabischen Überlegungen zur Friedensfrage kaum noch bestritten werden wird.

Ich habe keinen Friedensplan für den Nahen Osten vorzutragen. Das ist schon deshalb entbehrlich, weil es an Vorschlägen nicht fehlt. Worüber ich sprechen kann, ist die Idee der Entspannung und die Notwendigkeit von Friedenspolitik. Über einen Lernprozeß - einen schmerzhaften aber erfolgreichen Prozeß - den das Land, aus dem ich komme, in den 60er Jahren durchgemacht hat. Ganz unvergleichbar ist die Situation ja nicht. Auch mein Land war in der Gefahr, in die Isolation zu geraten.

Kernstück jenes Lernprozesses war die ehrliche und bewußte Anerkennung von Realitäten - gleichbedeutend mit dem Verzicht auf jeden Versuch, mit Gewalt die bestehende Lage - auch die bestehenden Grenzen - zu revidieren. Positiv gewendet bedeutet die Idee der Entspannung: Diejenigen Veränderungen, die notwendig sind - Veränderungen, um schwelende Probleme zu lösen, um vor allem menschliche Erleichterungen zu schaffen - sind nur möglich durch Verhandlungen; und zwar durch Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten, die einander akzeptieren und auf Interessenausgleich bedacht sind, in denen also Lösungswege und Kompromisse gefunden werden, denen beide Seiten zustimmen können.

Anerkennung der gegnerischen Staaten mit ihren Grenzen sowie Gewaltverzicht also sind die Voraussetzung des Entspannungsprozesses, Interessenausgleich und Verständigungsbereitschaft sein Inhalt, und Abrüstung zum Zweck der Friedenssicherung sein logischer Fortschritt. An diesem Folgeschritt mangelt es, wie wir wissen, im Verhältnis zwischen den Mächten und Blöcken nach wie vor.

Mit der Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die arabischen Nachbarstaaten ist heute zu rechnen - nach dem dieses Existenzrecht lange Zeit bestritten wurde. Die Anerkennung unantastbarer Grenzen müßte natürlich beiderseits (oder allseits) erfolgen. Daß Israel besetzte Gebiete als militärische Faustpfänder behielt, nachdem es sich mehrfach in Kriegen verteidigen mußte, wird kaum jemand unverständlich finden. Wenn aber solche Gebiete in verschiedenen Formen de facto oder de jure annektiert werden, dann entstehen zusätzliche Hindernisse für den bitter notwendigen Prozeß, der die Organisation des Friedens zum Inhalt hat.

Ich möchte zum Schluß auf einen Vorschlag hinweisen, den vor wenigen Wochen ein enger Mitarbeiter Jean Monnets gemacht hat; ich meine den Niederländer Max Kohnstamm, bis vor kurzem Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz. Er bezweifelt, daß Druck geeignet sei, den Weg zu wesentlichen Konzessionen Israels zu ebnen. Ganz im Gegenteil könne dadurch in dem Lande das Gefühl der Isolierung womöglich verstärkt und damit der Widerstand gegen jegliche Art sogenannter Konzessionen größer werden. Kohnstamm verlangt, auf etwas "Phantasievolleres als auf den Druck" zu sinnen: Europa müsse beiden Seiten in dem Konflikt helfen, ein Bild davon anzufertigen, wie die Zukunft dieses Raumes in Frieden aussehen könnte.

Er fragt weiter: "Welches wären die wesentlichen Gesichtspunkte eines Entwicklungsplans, der Israel, die von Palästinensern bewohnten Gebiete und womöglich einige oder alle Israel umgebenden Staaten einschließen würde? Wären Wasser, Energie und Nahrungsmittel ausschlaggebender Bestandteil eines solchen Plans? Frühere und einige jetzt laufende Untersuchungen werden von großem Nutzen bei der Suche nach den richtigen Antworten auf diese und andere Fragen sein. Diese Untersuchungen haben jedoch bisher nie den erforderlichen politischen Rückhalt gefunden, der daraus eine Friedenskraft gemacht hätte. Wenn die Europäische Gemeinschaft sich verpflichten würde, mit ihren geistigen und materiellen Mitteln uneingeschränkt für die Entwicklungen und Ausführungen eines solchen Plans einzutreten, so könnte sie diesen Rückhalt bieten...".

Kohnstamm ist sich indessen bewußt, daß sein Vorschlag eine Abweichung von der herkömmlichen Weisheit darstellt: Erst Regelung der Probleme, dann möglicherweise Zusammenarbeit. Ich bin nicht allzu optimistisch, was man mit einem solchen Vorschlag anfangen wird. Gleichwohl ist sicher richtig, daß ein Teil der Probleme im Nahost-Konflikt - insbesondere das Palästinenser-Problem - nicht nur mit religiösem Eifer und nationalen Ambitionen zu tun haben, sondern auch mit sozialen und ökonomischen Misereen, die beherrschbar wären und somit manches entschärfen könnten. Und sicher ist auch richtig, daß die Umlenkung festgefahrener Fronten nach vorne, in die Zukunft, in konstruktive Vorschläge mehr Erfolg versprechen kann. Darum muß man alle Beteiligten und Angesprochenen bitten, keinen Vorschlag ungeprüft zu lassen, der den Frieden näher bringen kann.

Ich schließe mit dem Wort, das Beth Hatéfutsoth in seiner Selbstdarstellung über das Kapitel Kultur gesetzt hat: "No by might, nor by power, but by my spirit, saith the Lord of hosts..."
(-/27.1.1982/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

